Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 9

Rubrik: Das Wort des CdA

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schon angesichts der britischen Forderung nach sicherheitspolitischer Handlungsfreiheit und vor dem Hintergrund der engen Kooperation Grossbritanniens mit den USA unrealistisch. Da sich der Bedingungshorizont militärischer Machtanwendung in unserer Epoche deutlich verschoben hat und weiter verschieben wird, könnte es sich sogar als Vorteil erweisen, wenn einzelne EU-Staaten ohne langwierige Debatten ihre Entscheidungen treffen und das tun, was die Lage erfordert. Dies reicht von der Bereitschaft einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union zu Kampfeinsätzen ihrer Streitkräfte in entfernten Regionen bis zur Nutzung neuer militärischer Technologien, z. B. von Kampfdrohnen in dem Krieg gegen den islamischen Djihadismus oder die notwendigen Massnahmen zur Verteidigung im Cyberwar. Dabei wird Grossbritannien, anders als die übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, auch die enge Kooperation mit den USA auf dem sicherheitspolitisch so bedeutsamen Gebiet der Nachrichtendienste fortsetzen.

An dem militärischen Engagement Frankreichs und Grossbritanniens bei der Bekämpfung der Terrormiliz IS (Islamischer Staat) in Syrien und im Irak kann man zudem ablesen, dass national bestimmtes sicherheitspolitisches Handeln europäischer Länder sinnvoll ist, lange Diskussionen vermeidet und wenig Anlass bietet, den betroffenen Regierungen in den Arm zu fallen. Die beiden EU-Staaten nehmen damit wichtige sicherheitspolitische Aufgaben wahr, die Europa als Ganzes derzeit nicht erfüllen kann. Und es ist in diesem Kontext zu erwarten, dass auch bei dem notwendigen Versuch, z. B. Tunesien und Libyen militärisch zu stabilisieren, nur das Engagement von EU-Staaten in Frage kommt, die ihre nationalen Interessen zu betonen pflegen.

Auch auf dem wichtigen Feld der Bewahrung wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit dürfte das Festhalten an nationalen Präferenzen nicht in jedem Fall ein Nachteil sein. Die Betonung der eigenen Sichtweise wird dabei helfen können, die beharrlich wiederholten Forderungen einiger Mitgliedsländer der Europäischen Union nach der Umverteilung finanzieller Ressourcen abzuwehren und die Notwendigkeit von Strukturreformen zu untermauern, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten zu verbessern.

Und mit Blick auf die Energiesicherheit wird man in absehbarer Zukunft ebenso wenig mit einer gemeinsamen Haltung der EU-Länder rechnen können. Die Unterschiede in der Herangehensweise an diese bedeutsame sicherheitspolitische Frage dürften auch weiterhin bestehen bleiben. Angesichts der zum Teil recht grossen Abhängigkeit von auswärtigen Energielieferungen sollte man jedoch stärker als bisher auf gegenseitige Hilfe setzen und Mechanismen schaffen, die verhindern, dass machtbewusste Lieferländer, wie z. B. Russland, die europäischen Staaten auseinanderdividieren können.

Perspektiven

Vor dem Hintergrund der unverkennbaren Tendenzen zur nationalstaatlich organisierten Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen und der prekären Situation, in die sich die Führung der Europäischen Union in Brüssel und die europäischen Regierungen selbst durch ihre mangelnde Flexibilität gebracht haben, macht es wenig Sinn, an ideologischen Vorstellungen festzuhalten, die längst nicht mehr in die Zeit passen. Vielmehr werden sich die Regierungen in Europa an der Realität orientieren, analytisch vorgehen und pragmatisch handeln müssen. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Welt – von den brutalen Kriegen im Nahen Osten und dem Vordringen der islamischen Djihadisten in Afrika bis zu den gewaltigen Migrationsströmen – und der unüberwindbaren Schwierigkeit, darauf eine gemeinsame Antwort zu geben, sollte es niemanden überraschen, wenn das «Projekt Europa» nur als lockerer Staatenverbund überleben kann. Die Nationalstaaten werden de jure und de facto die zentralen Basiseinheiten der Europäischen Union bleiben. Der wachsende Zuspruch für politische Parteien in den meisten EU-Staaten, die sich der Vertretung nationaler Interessen in besonderer Weise angenommen haben, wird diese Tendenz weiter verstärken. Diese Parteien drängen beharrlich und mit Erfolg darauf, dass die Mitgliedsländer der EU auch die Sicherheitspolitik auf diese Entwicklung zuschneiden und in der täglichen Praxis zum Prinzip des Intergouvernementalismus zurückkehren. ■

Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Das Wort des CdA

Geschätzte Leserschaft der ASMZ

Nach der Sommerpause steigen wir in eine zukunftsweisende zweite Jahreshälfte. Um das Erscheinungsdatum dieser Ausgabe herum sollte der Name des künftigen CdA bekannt werden, und in den kommenden Wochen und Monaten werden auch die weiteren Verantwortungsträger der künftigen Armee ernannt werden. Es ist wichtig, dass wir Klarheit darüber haben, wer wofür verantwortlich ist.

Die ersten WEA-Umsetzungen werden die Mitte 2017 beginnenden Kaderschulen sein, damit wir pünktlich auf den 01.01.2018 bereit sind. Abgeschlossen wird die Umsetzung der WEA plangemäss Ende 2021.

Warum aber soll die Weiterentwicklung der Armee (WEA) im Gegensatz zu den letzten Reformen (A95 und AXXI) ein Erfolg sein? Die Frage nach dem Erfolg ist in der Tat eine sehr berechtigte.

Für die Beantwortung dieser Frage ist es zentral, die kritischen Erfolgsfaktoren zu kennen. Personal, und zwar Miliz und Lohnempfänger. Kontinuität, insbesondere bezüglich Finanzen; zusammengefasst muss zugelassen werden, dass Planungen auch umgesetzt werden. Genau diese beiden Punkte wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten.

Und da merken wir: Zur erfolgreichen Umsetzung braucht es eine gute Arbeit an der Basis, intensive Dienstleistungen, aber auch Kontinuität in der Planung und damit in den politischen Vorgaben; diese wiederum betreffen Aufgaben und Mittel – insbesondere Finanzen; zum einen für das Personal, zum anderen für die zeitgemässe Ausrüstung.

Ich verstehe durchaus, wenn jemand aus diesem Grund kritisch ist. Und darum möchte ich gerne alle, welche die Armee unterstützen, einladen, die ausgewogene und breit abgestützte Lösung mitzutragen und zum Erfolg zu bringen.

Allerdings ist der Beginn der Umsetzung der WEA nicht am 01.01.2018 oder Mitte 2017, sondern heute. Die Basis legen wir mit unserem täglichen Wirken, mit intensiver, zielgerichteter Arbeit in Schulen und Kursen.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee